

Neuss, den 07.02.2016

Flüchtlingspolitisches Positionspapier des Stadtverbandes Bündnis 90/ Die Grünen Neuss

Die zugespitzte Lage in Krisenregionen hat in den vergangenen Jahren weltweit zu humanitären Tragödien geführt und Menschen gezwungen, ihrer Heimat zu entfliehen.

Die Zahl der Asylbewerber steigt auch in Neuss. Unsere Stadt steht vor der großen Aufgabe, alle Menschen mit Respekt und Wertschätzung aufzunehmen. Dabei sind Teilhabe und Partizipation auf allen Ebenen wichtig, so dass wir alle gemeinsam unsere Stadt mitgestalten können.

1. Unsere Willkommenskultur stärken und Diskriminierung jeglicher Art entschieden entgegentreten

Menschen, die aus Verfolgung, Krieg und Not flüchten, heißen wir in Neuss ausdrücklich willkommen. Einer Ankunft in Deutschland gehen zumeist traumatische Erlebnisse vor und während der Flucht voraus. Viele Asylbewerber*innen haben ihre Angehörigen verloren oder verlassen müssen und viele leben in Angst vor einer Abschiebung. Da die Familie eine wichtige Grundlage für die Integration darstellt befürworten wir den zeitnahen Nachzug der Familienangehörigen von anerkannten Flüchtlingen.

Zu einer Willkommenskultur gehört ein respektvoller Umgang mit Asylbewerberinnen und -bewerbern in der öffentlichen Diskussion, dies gilt auch für diejenigen, die aus „sicheren Herkunftsstaaten“ kommen.

Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement stärken und unterstützen all jene, die sich ehrenamtlich in diesem Bereich engagieren. Insbesondere sollen auch die Migrantinnen und Migranten sowie der Integrationsrat unserer Stadt ihre Fähigkeiten und Erfahrungen einbringen können.

Diskriminierungen jeglicher Art treten wir entschieden entgegen.

2. Menschenwürdige Unterbringung

Die Unterbringung in eigenen Wohnungen hat für uns Vorrang. Wir fordern die Umsetzung des bereits verabschiedeten Konzepts der dezentralen Standorte.

Bei den Unterkünften sollte es sich um feste Gebäude oder mobile Wohnmodule mit wohnungsähnlichem Charakter handeln. Den Bewohner*innen muss ausreichend Privatsphäre zur Verfügung stehen, besonders im Bereich der sanitären Versorgung. Es muss ihnen möglich sein, sich selbst zu versorgen und Besuch zu empfangen. Zudem sollte jede Unterkunft über einen Gemeinschaftsraum verfügen.

3. Umfassende Gesundheitsversorgung

Wir wollen einen Zugang zur medizinischen Regelversorgung für Asylbewerber*innen schaffen und die Gesundheitskarte in Neuss einführen. Um traumatische Erlebnisse aufzuarbeiten setzen wir uns für eine psychologische Betreuung der Asylbewerber*innen in Form einer niederschweligen, aufsuchenden Arbeit ein.

4. Kinder- und Jugendpolitik für Asylbewerber*innen

Die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind uns wichtig. Kinder aller Altersklassen sollen zeitnah Zugang zu allen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Schulen und Bildungs- sowie Freizeiteinrichtungen bekommen. Die Bedarfsplanungen sind entsprechend anzupassen. Für traumatisierte Kinder und Jugendliche soll eine gute psychologische Betreuung gewährleistet sein. Für alle Kinder und Jugendlichen muss der inklusive* Zugang zu Schule, Bildung und Ausbildung im Vordergrund stehen.

Auf die besonderen Bedürfnisse der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ist Rücksicht zu nehmen. Für sie muss ein entsprechendes soziotherapeutisches Angebot erarbeitet werden.

5. Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen und gesellschaftliche Teilhabe fördern

Wir begrüßen die Änderung im Asylverfahrensgesetz, die einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht. Trotzdem ist die Wartezeit für viele zu lang. Es sollen daher vor Ort Lösungen gefunden werden, die es den Menschen ermöglichen sich unabhängig von bürokratischen Hemmnissen beruflich und sozial zu integrieren. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hilft Asylbewerber*innen sich in der neuen Umgebung zurechtzufinden und ist eine wesentliche Bedingung für gelingende Integration. Dazu gehören der Ausbau von Sprach- und Integrationskursen und deren bedarfsgerechte Öffnung unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Susanne Benary-Höck
Sprecherin des Standverbandes
Bündnis 90 / Die Grünen

Uwe Welsink
Sprecher des Stadtverbandes
Bündnis 90 / Die Grünen

Ghalia El Boustami
Integrationspolitische Sprecherin
Bündnis 90 / Die Grünen

Henny Rönneper
Sachkundige Bürgerin
Bündnis 90 / Die Grünen

*Als **soziologischer Begriff** beschreibt das Konzept der Inklusion eine Gesellschaft, in der jeder Mensch akzeptiert wird und gleichberechtigt und selbstbestimmt an dieser teilhaben kann – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft, von Religionszugehörigkeit oder Bildung, von eventuellen Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen.